

JadeHawk Capital S.à r.l.

Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Gesellschaftssitz: L-1940 Luxemburg, 296-298, route de Longwy

RCS Luxembourg B.223.318

Die Gesellschaft wurde gegründet gemäß Urkunde aufgenommen durch Notar Jean **SECKLER**, mit Amtssitz in Junglinster, vom 26. März 2018, veröffentlicht im *Recueil Electronique des Sociétés et Associations*, Nummer RESA_2018_079 vom 09. April 2018 ;

Die Satzungen wurden abgeändert gemäß Urkunde, aufgenommen durch Notar Jean **SECKLER**, mit dem Amtssitz in Junglinster, am 19. Dezember 2018, noch nicht veröffentlicht im *Recueil Electronique des Sociétés et Associations*.

KOORDINIERTE STATUTEN AUF DEN
19. DEZEMBER 2018

TITEL I. FORM, NAME DER GESELLSCHAFT,
GESCHÄFTSSITZ, ZWECK UND DAUER

Artikel 1. Form

Zwischen den Besitzern der nachstehend geschaffenen Gesellschaftsanteile und derjenigen Anteile, die späterhin noch ausgegeben werden könnten, wird hiermit eine Gesellschaft (die "**Gesellschaft**") mit beschränkter Haftung gegründet, welche den geltenden Gesetzen und insbesondere dem abgeänderten Gesetz vom 10. August 1915 über die Handelsgesellschaften (den "**Gesetzen**") und der vorliegenden Satzung (die "**Satzung**") unterliegt.

Die Gesellschaft kann aus einem Alleingesellschafter, der Eigentümer aller Gesellschaftsanteile ist, oder aus mehreren Gesellschaftern, deren Zahl jedoch einhundert (100) nicht überschreiten darf, bestehen. Für den Fall dass, aus welchem Grund auch immer, die Gesellschaft aus mehr als einhundert (100) Gesellschaftern besteht, muss die Gesellschaft eine andere

Gesellschaftsform (als die einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung) annehmen.

Artikel 2. Name der Gesellschaft

Die Gesellschaft nimmt die Firmenbezeichnung "**JadeHawk Capital S.à r.l.**" an.

Artikel 3. Sitz

Der Gesellschaftssitz befindet sich in Luxemburg-Stadt.

Der Gesellschaftssitz kann durch einen Beschluss der (des) Geschäftsführer(s) an jeden anderen Ort innerhalb der Gemeinde Luxemburg verlegt werden. Er kann an jeden anderen Ort innerhalb des Großherzogtums Luxemburg verlegt werden, (i) durch einen Beschluss der Gesellschafter in Übereinstimmung mit dem erforderlichen Quorum und den Mehrheitsbedingungen, welche von der Satzung oder je nach Fall vom Gesetz zur Änderung der Satzung notwendig sind oder (ii) durch einen Beschluss der (des) Geschäftsführer(s). In letzterem Fall hat (haben) der (die) Geschäftsführer das Recht diese Satzung ohne vorherige Zustimmung der Gesellschafter abzuändern, um die Verlegung des Gesellschaftssitzes zu vollziehen.

Zweigniederlassungen oder andere Geschäftsstellen können durch einen Beschluss der (des) Geschäftsführer(s) entweder im Großherzogtum Luxemburg oder im Ausland errichtet werden.

Sollte(n) die (der) Geschäftsführer oder die Geschäftsführung der Auffassung sein, dass aussergewöhnliche Ereignisse politischer, wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Art aufgetreten sind oder unmittelbar bevorstehen, die die normale Geschäftsführung der Gesellschaft am Gesellschaftssitz oder den Austausch mit der Geschäftsstelle am Gesellschaftssitz beziehungsweise zwischen der Geschäftsstelle am Gesellschaftssitz und im Ausland befindlichen Personen beeinträchtigen könnten, so kann die Gesellschaft den Gesellschaftssitz vorübergehend bis zur völligen Beilegung der aussergewöhnlichen Ereignisse ins Ausland verlegen. Diese vorübergehenden Maßnahmen haben keinerlei Auswirkungen auf die Nationalität der Gesellschaft, welche trotz der vorübergehenden Verlegung ihres Sitzes weiterhin den luxemburgischen Gesetzen unterliegt.

Die genannten vorübergehenden Maßnahmen sind von der Geschäftsführung zu beschließen und den hiervon betroffenen Dritten mitzutellen.

Artikel 4. Gesellschaftszweck

Zweck der Gesellschaft ist der Erwerb, die Verwaltung, die Verwertung und die Veräußerung von Beteiligungen in irgendwelcher Form an anderen in- und ausländischen Gesellschaften. Sie kann auch Anleihen aufnehmen und den Gesellschaften, an denen sie direkt oder indirekt beteiligt ist, jede Art von Unterstützung, Darlehen, Vorschuss oder Sicherheit gewähren.

Desweiteren kann die Gesellschaft alle sonstigen Arten von Wertpapieren erwerben, sei es durch Zeichnung, Kauf, Tausch oder sonstwie, und dieselben

durch Verkauf, Tausch oder sonstwie veräußern.

Darüber hinaus kann die Gesellschaft Patente und Lizenzen, sowie davon abgeleitete oder dieselben ergänzende Rechte erwerben, verwerten und veräußern.

Zweck der Gesellschaft ist ausserdem der Erwerb, die Verwaltung, die Verwertung und die Veräußerung von sowohl in Luxemburg als auch im Ausland gelegenen Immobilien.

Generell kann die Gesellschaft alle kaufmännischen, gewerblichen und finanziellen Geschäfte beweglicher und unbeweglicher Natur tätigen, die obengenannte Zwecke fördern oder ergänzen.

Artikel 5. Dauer

Die Gesellschaft ist für eine unbegrenzte Dauer gegründet.

TITEL II. Kapital, Anteile

Artikel 6. Ausgegebenes Gesellschaftskapital

Das ausgegebene Kapital der Gesellschaft beträgt **EUR 12.000.- (ZWÖLF TAUSEND EURO)**, und ist in **12 (ZWÖLF)** Anteile mit einem Nennwert von **EUR 1.000.- (TAUSEND EURO)** aufgeteilt. Alle Anteile sind vollständig eingezahlt.

Vorbehaltlich gegenteiliger Bestimmungen der Satzung oder des Gesetzes sind alle Anteile mit denselben Rechten und Pflichten ausgestattet.

Zusätzlich zum ausgegebenen Gesellschaftskapital kann ein Aufgeldkonto eingerichtet werden, auf das alle Emissionsaufgelder, die auf einen Anteil eingezahlt werden, verbucht werden. Der Betrag dieses Aufgeldkontos kann zur Zahlung von Anteilen, die die Gesellschaft von ihrem(n) Gesellschafter(n) zurückkauft, zum Ausgleich von realisierten Nettoverlusten, zur Auszahlung an den/die Gesellschafter in Form von Dividenden oder um Mittel zur gesetzlichen Rücklage bereitzustellen, verwendet werden.

Spezifische Kapitalrücklagekonten können aufgesetzt werden, um Einlagen von Gesellschaftern in die Gesellschaft zu verbuchen, ohne neue Anteile auszugeben. Der Betrag solcher spezifischen Kapitalrücklagen stellen frei ausschüttbare Rücklagen der Gesellschaft dar und können insbesondere dazu verwendet werden, Anteile zu zahlen, die die Gesellschaft von seinen Gesellschaftern zurückkauft, um realisierte Verluste zu verrechnen, um Ausschüttungen an die Gesellschafter in Form von Dividenden zu machen oder um Gelder der gesetzlichen Rücklage zuzuweisen oder zu jedem anderem durch die Gesetze zugelassenen Zweck.

Artikel 7. Anteile

Jeder Anteil berechtigt zu einer Stimme. Die Gesellschaft kann die Stimmrechte von Anteilen gemäß den Gesetzen außer Kraft setzen.

Jeder Gesellschafter kann in seinem persönlichen Namen vorübergehend oder endgültig, ganz oder teilweise, auf die Ausübung seiner Stimmrechte verzichten. Ein solcher Verzicht ist für den Gesellschafter bindend und gilt für die Gesellschaft ab dem Zeitpunkt der Mitteilung eines solchen Verzichts

durch den Gesellschafter an die Gesellschaft.

Jeder Anteil ist der Gesellschaft gegenüber unteilbar.

Gemeinschaftliche Eigentümer von Anteilen müssen sich gegenüber der Gesellschaft durch einen gemeinsamen Bevollmächtigten, der auch ein Dritter sein kann, vertreten lassen. Die Gesellschaft kann die Rechte solcher Anteile gemäß den Bestimmungen der Gesetze bis zum Zeitpunkt der Benennung eines Bevollmächtigten gegenüber der Gesellschaft außer Kraft setzen.

Der Alleingesellschafter kann seine Anteile frei übertragen.

Besteht die Gesellschaft aus mehreren Gesellschaftern, so sind die Anteile unter ihnen frei übertragbar und die Anteile können nur dann an Nicht-Gesellschafter übertragen werden, wenn die Gesellschafter mit einer Mehrheit, die mindestens drei Viertel (3/4) der Anteile darstellt, ihr Einverständnis erklären und in Übereinstimmung mit der nachfolgenden Prozedur.

Falls ein Gesellschafter einen oder mehrere Anteile an einen Nicht-Gesellschafter übertragen möchte, muss dieser Gesellschafter die beabsichtigte Übertragung der Gesellschaft mitteilen und eine solche Übertragung unterliegt dann folgenden Bestimmungen.

Falls die beabsichtigte Übertragung nicht von den Gesellschaftern die mindestens drei Viertel (3/4) der Anteile der Gesellschaft repräsentieren, genehmigt oder von der Gesellschaft gemäß den Gesetzen verweigert wird, können die Gesellschafter innerhalb von drei (3) Monaten nach der Verweigerung, den/die Anteil(e) zu einem Preis welcher in Übereinstimmung mit den unten stehenden Bestimmungen ermittelt wurde, erwerben, außer in der Situation in welcher der Verkäufer ausdrücklich auf die Übertragung verzichtet, dies mittels schriftlicher Mitteilung an die Gesellschaft. Auf Antrag der (des) Geschäftsführer(s) kann die Frist von drei (3) Monaten durch ein Eilverfahren vor dem Vorsitzenden Richter des in Handelssachen tagendend Bezirksgerichtes Luxemburg, verlängert werden, ohne dass die Fristverlängerung sechs (6) Monate überschreiten kann.

Die Gesellschaft kann auch innerhalb der gleichen wie oben erwähnten Frist und mit Zustimmung des Verkäufers, (i) das Gesellschaftskapital um den Betrag des Nennwerts der Anteile herabsetzen und (ii) die Anteile zu einem Preis in Übereinstimmung mit den folgenden, festgelegten Bestimmungen erwerben.

Zwecks vorstehender Bestimmungen entspricht der Verkaufspreis oder Kaufpreis dem Marktwert der Anteile, welcher in gutem Glauben durch den (die) Geschäftsführer bestimmt wurde.

Falls nach Ablauf der oben genannten Frist die Gesellschafter und die Gesellschaft die Anteile nicht erworben haben, kann der Verkäufer seine Anteile an den neuen Gesellschafter zu den Bedingungen und zu dem Verkaufspreis welcher der Gesellschaft mitgeteilt wurde, veräußern.

Die Übertragung von Anteilen muss durch eine notarielle Urkunde oder

durch einen privatschriftlichen Vertrag belegt werden. Eine solche Übertragung wird gemäß Artikel 1690 des Bürgerlichen Gesetzbuches Luxemburgs erst dann gegenüber der Gesellschaft oder Dritten bindend, wenn sie der Gesellschaft gegenüber ordnungsgemäß angezeigt oder von dieser angenommen worden ist.

Die Gesellschaft darf ihre eigenen Anteile erwerben. Der Erwerb, Besitz und die Veräußerung der eigenen Anteile vollzieht sich in Übereinstimmung mit den durch die Satzung und den Gesetzen festgelegten Bedingungen und Begrenzungen.

Insbesondere ist die Gesellschaft berechtigt ihre eigenen Anteile zu erwerben und kann diese zurückgekauften Anteile selbst halten oder gegebenenfalls die selbstgehaltenen Anteile annullieren. In solch einem Fall kann das ausgegebene Kapital der Gesellschaft einmalig oder mehrfach durch einen Beschluss der (des) Geschäftsführer(s) gemäß der Gesellschaftssatzung und den Bestimmungen der Gesetze herabgesetzt werden. In solch einem Fall wird die Kapitalherabsetzung durch den (die) Geschäftsführer in Form einer notariellen Urkunde festgehalten. Die Urkunde muss innerhalb eines Monats nach Annullierung und Kapitalherabsetzung welche durch den (die) Geschäftsführer beschlossen wurde, aufgenommen werden. Die Stimmrechte und wirtschaftlichen Rechte der durch die Gesellschaft erworbenen Anteile werden ausgesetzt, solange die Gesellschaft ihre eigenen Anteile hält.

Anteilsbesitz führt die stillschweigende Akzeptanz der Satzung und der von dem (den) Gesellschafter(n) gültig getroffenen Beschlüsse mit sich.

Artikel 8. Kapitalerhöhungen und Kapitalherabsetzung

Das Gesellschaftskapital kann durch einen Beschluss der (des) Gesellschafter(s), der mit Anwesenheits- und Mehrheitsverhältnissen, wie sie aufgrund der Gesetze oder der Satzung zur Änderung der Satzung erforderlich sind, gefasst wird, einmal oder mehrmals erhöht oder herabgesetzt werden.

Artikel 9. Handlungsunfähigkeit, Tod, Aussetzung von Bürgerrechten, Konkurs oder Insolvenz eines Gesellschafters

Die Handlungsunfähigkeit, der Tod, die Aussetzung von Bürgerrechten, der Konkurs oder die Insolvenz oder ein vergleichbarer, den (die) Gesellschafter betreffender Umstand, hat nicht die Auflösung der Gesellschaft zur Folge.

TITEL III. Geschäftsführer, Wirtschaftsprüfer

Artikel 10. Geschäftsführer

Die Gesellschaft wird von einem oder mehreren Geschäftsführern, welche keine Gesellschafter sein müssen, geführt (die (der) "**Geschäftsführer**").

Werden zwei (2) Geschäftsführer bestellt, so verwalten sie die Gesellschaft gemeinschaftlich.

Werden mehr als zwei (2) Geschäftsführer bestellt, so wird ein Geschäftsführungsrat (der "**Geschäftsführungsrat**") gegründet.

Die Geschäftsführer werden durch die (den) Gesellschafter ernannt, welche(r) ihre Anzahl und die Dauer ihres Mandats festlegt. Die (der) Geschäftsführer können wiederernannt werden und können jederzeit, mit oder ohne Grund, durch einen Beschluss der (des) Gesellschafter(s) abberufen werden.

Die (der) Gesellschafter können (kann) beschließen, die gewählten Geschäftsführer als Hauptgeschäftsführer (der (die) "**M Manager**") oder als die (den) Hauptgeschäftsführer unterstützende Geschäftsführer(die (der) "**S Manager**") zu qualifizieren.

Der/die Gesellschafter soll(en) weder an der Geschäftsführung teilnehmen noch sich in diese einmischen.

Artikel 11. Befugnisse der (des) Geschäftsführer(s)

Die (der) Geschäftsführer haben (hat) die weitestgehenden Befugnisse, um alle zur Erreichung des Gesellschaftszwecks notwendigen oder nützlichen Handlungen vorzunehmen.

Sämtliche Befugnisse, die die Satzung oder die Gesetze nicht ausdrücklich den Gesellschaftern oder den Wirtschaftsprüfern vorbehalten, fallen in die Zuständigkeit der (des) Geschäftsführer(s).

Artikel 12. Übertragung von Befugnissen - Vertretung der Gesellschaft

Die (der) Geschäftsführer können (kann) die tägliche Geschäftsführung der Gesellschaft und die Vertretung der Gesellschaft innerhalb der täglichen Geschäftsführung an eine oder mehrere Personen ihrer (seiner) Wahl, welche nicht Geschäftsführer oder Gesellschafter sein müssen, und welche allein oder gemeinsam handeln, übertragen.

Bis auf Weiteres wird die tägliche Geschäftsführung ausschließlich durch die M Manager wahrgenommen. Dies umfasst insbesondere :

- Alle operativen täglichen Themen,
- Jegliche Administrationstätigkeiten,
- Buchführung und Auditbestätigungen,
- Beauftragung klassischer Unternehmensdienstleister wie z.B. lokaler Abschlussprüfer, Rechtsanwälte und Notare, soweit die einzelne Beauftragung je Dienstleister EUR 20'000 p.a. nicht überschreitet;
 - Die Vorbereitung und Abgabe der laufenden Umsatzsteuervoranmeldungen,
 - Überweisungen in einer Höhe von nicht mehr als EUR 50'000,
 - Vorbereitung und Veräußerung von Investmentpositionen, soweit der Verkaufspreis die Anschaffungskosten um mindestens 10 % übersteigt;
 - Erwerb von neuen Investmentpositionen in geschlossenen Fonds oder andere Investmentpositionen bis zu einem Betrag von EUR 25'000,
 - Die Entscheidung zu allen investmentbezogenen Beschlüssen, es sei denn die Entscheidungen entsprechen nicht den Empfehlungen der jeweiligen Fondsgeschäftsführung oder für die zu treffenden Entscheidungen im jeweiligen Investment ist ein Quorum von 75 % vorgesehen ;

Die M Manager sind verpflichtet, die S Manager umfassend und in angemessener Zeit vorab über alle geplanten Maßnahmen, die eine je Einzelfall EUR 20'000 überschreiten, zu informieren. Für den Fall, dass mindestens ein S Manager der geplanten Einzelmaßnahme widerspricht, ist eine Entscheidung durch Einberufung des Geschäftsführungsrats herbeizuführen.

Die (der) Geschäftsführer können (kann) spezielle Befugnisse oder Vollmachten an Personen oder Ausschüsse, die von ihnen gewählt werden, übertragen oder diese mit bestimmten ständigen oder zeitweiligen Funktionen ausstatten.

Die (der) Geschäftsführer müssen (muss) jährlich der Gesellschafterversammlung oder gegebenenfalls den Gesellschaftern Bericht erstatten über die Bezahlung oder Zuweisung von anderen Vergünstigungen an den (die) Geschäftsführer, denen die tägliche Geschäftsführung übertragen wurde.

Die Gesellschaft wird Dritten gegenüber durch die alleinige Unterschrift des einzigen Geschäftsführers oder, wenn mehr als ein Geschäftsführer ernannt worden ist, durch die gemeinsamen Unterschriften von zwei Geschäftsführern gebunden.

Falls die (der) Gesellschafter die Geschäftsführer als M Manager oder als S Manager qualifiziert haben (hat), ist die Gesellschaft Dritten gegenüber nur gebunden, wenn ein M Manager und ein S Manager gemeinsam unterzeichnen.

Die Gesellschaft wird außerdem gegenüber Dritten durch die gemeinsame oder alleinige Unterschrift derjenigen Person oder Personen gebunden, der oder denen die tägliche Geschäftsführung der Gesellschaft übertragen worden ist (gegenwärtig M Manager). Ist mehreren Personen die tägliche Geschäftsführung übertragen, reicht die Unterschrift einer geschäftsführungsberechtigten Person (d.h. grundsätzlich ein M Manager). Die Vertretungsmacht der zur täglichen Geschäftsführung ermächtigten Personen ist begrenzt auf die Angelegenheiten, für die der oder den Personen die tägliche Geschäftsführung übertragen ist. Die Gesellschaft wird im Übrigen durch die gemeinschaftliche oder die alleinige Unterschrift derjenigen Person(en) gebunden, der oder denen vom (von den) Geschäftsführer(n) eine besondere Zeichnungsvollmacht übertragen wurde, aber immer nur im Rahmen dieser besonderen Zeichnungsvollmacht.

Artikel 13. Sitzung des Geschäftsführungsrates

Für den Fall, dass ein Geschäftsführungsrat bestellt wird, gelten folgende Regeln:

Der Geschäftsführungsrat kann aus seiner Mitte einen Vorsitzenden benennen (der "**Vorsitzende**"). Er kann auch einen Schriftführer benennen, welcher selbst kein Geschäftsführer sein muss und für die Protokollführung der Sitzung der Geschäftsführung zuständig ist (der "**Schriftführer**").

Der Geschäftsführungsrat tritt nach Aufruf durch den Vorsitzenden

zusammen. Eine Versammlung des Geschäftsführungsrates muss einberufen werden, wenn zwei (2) seiner Mitglieder dies verlangen.

Der Vorsitzende steht allen Versammlungen des Geschäftsführungsrates vor, es sei denn, dass in der Abwesenheit des Geschäftsführungsrates ein anderes Mitglied des Geschäftsführungsrates durch mehrheitliche Abstimmung durch die anwesenden oder vertretenen Mitglieder als zeitweisen Vorsitzenden ernannt wird.

Außer in Dringlichkeitsfällen oder mit vorheriger Zustimmung aller Teilnahmeberechtigten, werden die Sitzungen des Geschäftsführungsrates mindestens zwei (2) Kalendertage vor ihrem Termin schriftlich durch ein Schriftlichkeit gewährleistendes Kommunikationsmittel einberufen. Jede dieser Benachrichtigungen soll Ort und Zeit der Sitzung sowie die Tagesordnung und die Art der zu behandelnden Geschäftstätigkeit angeben. Auf die Mitteilung kann durch ordnungsgemäß dokumentierten Beschluss jedes Geschäftsführungsmitglieds verzichtet werden. Für Sitzungen, deren Zeit und Ort in einem zuvor von der Geschäftsführung angenommenen Beschluss festgelegt wurde, ist keine gesonderte Benachrichtigung erforderlich.

Die Sitzungen des Geschäftsführungsrates finden im Großherzogtum Luxemburg statt oder an jedem anderen Ort welcher durch den Geschäftsführungsrat festgelegt wurde.

Jeder Geschäftsführer kann sich bei den Sitzungen des Geschäftsführungsrates durch ein anderes Mitglied des Geschäftsführungsrates vertreten lassen, indem er dieses hierzu schriftlich ermächtigt; die Bevollmächtigung kann durch jedes die Schriftlichkeit gewährleistendes Kommunikationsmedium übertragen werden. Jeder Geschäftsführer kann einen oder mehrere Geschäftsführer vertreten.

Die Beschlussfähigkeit des Geschäftsführungsrates erfordert die Anwesenheit von mindestens der Hälfte (1/2) seiner amtierenden Mitglieder, wobei im Falle der Qualifizierung der Geschäftsführer als M Manager oder als S Manager außerdem mindestens ein (1) M Manager und ein (1) S Manager anwesend oder vertreten sein muss.

Entschlüsse werden per Mehrheitsbescheid aller bei der Sitzung anwesenden oder vertretenen Mitglieder des Geschäftsführungsrates gefasst.

Soweit eine persönliche Teilnahme an den Sitzungen des Geschäftsführungsrates nicht möglich ist, ist im Ausnahmefall die Teilnahme eines oder mehrerer Geschäftsführer durch eine Telefonkonferenzschaltung, Videokonferenz oder durch ähnliche, gleichzeitige und gegenseitige Kommunikation zwischen den Teilnehmern sicherstellende Mittel teilnehmen. Diese Teilnahmeform wird der tatsächlichen Anwesenheit in einer Sitzung gleich gestellt. Sitzungen welche durch ein solches Kommunikationsmittel abgehalten wurden, gelten als am Sitz der Gesellschaft erfolgt.

Artikel 14. Beschlüsse der Geschäftsführung

Die Beschlüsse der (des) Geschäftsführer(s) werden schriftlich festgehalten.

Alle Sitzungsprotokolle werden vom Vorsitzenden und vom Schriftführer (falls es einen solchen gibt) unterzeichnet. Alle Vollmachten werden den betreffenden Sitzungsprotokollen beigelegt.

Kopien oder Auszüge der schriftlichen Beschlüsse oder Sitzungsprotokolle, die in rechtlichen Verfahren oder anderweitig übermittelt werden, können von einem Geschäftsführer oder durch zwei (2) Geschäftsführer gemeinsam, wenn mehr als ein Geschäftsführer ernannt wurde, unterzeichnet werden.

Artikel 15. Vergütung und Ausgaben

Vorbehaltlich der Zustimmung durch die (den) Gesellschafter, können (kann) die (der) Geschäftsführer eine Vergütung hinsichtlich ihrer (seiner) Verwaltung der Gesellschaft erhalten. Darüber hinaus können den Geschäftsführern sämtliche Ausgaben, die im Rahmen einer solchen Verwaltung oder zur Verfolgung des Gesellschaftsgegenstandes getätigt wurden, zurückerstattet werden.

Artikel 16. Interessenkonflikte

Wenn einer der Geschäftsführer der Gesellschaft direkt oder indirekt ein persönliches Interesse vermögensrechtlicher Art an einem Rechtsgeschäft der Gesellschaft hat oder haben könnte, muss er dieses persönliche Interesse den anderen Geschäftsführern anzeigen und darf nicht an der Abstimmung über dieses Rechtsgeschäft teilnehmen.

Falls es nur einen Geschäftsführer gibt, genügt es, dass das Rechtsgeschäft zwischen der Gesellschaft und ihrem Geschäftsführer, der ein entgegengesetztes Interesse hat, schriftlich festgehalten wird.

Falls aufgrund eines Interessenkonflikts, die Zahl der Geschäftsführer, die nach der Satzung zur Beratung und Beschlussfassung erforderlich ist, nicht erreicht wird, können die Geschäftsführer die Entscheidung der Gesellschafterversammlung oder gegebenenfalls den Gesellschaftern übertragen.

Die vorstehenden Bestimmungen sind nicht anwendbar wenn (i) das betreffende Rechtsgeschäft unter fairen Marktbedingungen eingegangen wurde und (ii) in die gewöhnlichen Geschäftsabläufe der Gesellschaft fällt.

Kein Vertrag oder sonstiges Rechtsgeschäft zwischen der Gesellschaft und irgendeiner anderen Gesellschaft oder irgend einem anderen Unternehmen wird durch den bloßen Umstand beeinträchtigt oder ungültig, dass ein oder mehrere Geschäftsführer oder Bevollmächtigte der Gesellschaft persönlich an einer solchen Gesellschaft oder einem solchen Unternehmen beteiligt sind oder Geschäftsführer, Gesellschafter, Bevollmächtigte(r) oder Angestellte(r) einer solchen Gesellschaft oder eines solchen Unternehmens sind. Keine Person, welche in der zuvor beschriebenen Weise mit einer Gesellschaft oder einem Unternehmen in Beziehung steht, mit der beziehungsweise dem die Gesellschaft vertragliche Beziehungen eingeht oder

sonstwie Geschäfte tätig, wird automatisch daran gehindert, über solche Verträge oder andere Geschäfte zu beraten, abzustimmen oder zu handeln.

Artikel 17. Haftung der Geschäftsführung, Freistellung

Die (der) Geschäftsführer treffen (trifft) keine persönliche Haftung hinsichtlich der aufgrund ihrer (seiner) Funktion für die Gesellschaft eingegangenen Verpflichtungen.

Geschäftsführer sind für die Ausführung ihrer Aufgaben verantwortlich.

Die Gesellschaft stellt jeden Geschäftsführer, Angestellten oder Mitarbeiter und, gegebenenfalls, dessen Erben, Nachlassverwalter und Vermögensverwalter, von Schäden und Ausgaben frei, die ihm im Zusammenhang eines Rechtsstreits oder eines Prozesses, an dem er aufgrund seiner Funktion als Geschäftsführer oder früherer Geschäftsführer, Angestellter oder Mitarbeiter der Gesellschaft beteiligt ist. Das Gleiche gilt, wenn er auf Anfrage der Gesellschaft für eine andere Gesellschaft an der die Gesellschaft beteiligt ist oder von der sie Gläubigerin ist, Ausgaben tätigt und der gegenüber er nicht zur Freistellung berechtigt ist, außer bei Klagsachen in denen er schließlich endgültig wegen grober Fahrlässigkeit oder Misswirtschaft verurteilt wurde. Im Falle eines Vergleichs wird Freistellung nur für vom Vergleich umfasste Fragen gewährt, bei denen die Gesellschaft von ihrem Rechtsbeistand dahingehend beraten worden ist, dass der freizustellenden Person keine grobe Fahrlässigkeit oder grobes Fehlverhalten vorzuwerfen ist. Das vorgenannte Recht zur Freistellung schließt keine anderen Rechte aus zu denen die betreffende Person berechtigt ist.

Artikel 18. Wirtschaftsprüfer

Außer in den Fällen, in denen die gesetzlichen Bestimmungen die Prüfung der Jahresabschlüsse und konsolidierten Jahresabschlüsse durch einen Wirtschaftsprüfer (*réviseur d'entreprises*) vorsehen, wird das Geschäft der Gesellschaft und deren finanzielle Situation, einschließlich insbesondere der Bücher und Konten, durch einen Rechnungskommissar (*commissaire aux comptes*), welche nicht Gesellschafter zu sein brauchen, geprüft.

Der Rechnungskommissar oder Wirtschaftsprüfer, falls es solche gibt, werden durch die (den) Gesellschafter ernannt, der ihre Anzahl und die Dauer ihres Mandats festlegt. Die Wirtschaftsprüfer können wiederernannt werden und können jederzeit, mit oder ohne Grund, durch einen Beschluss der (des) Gesellschafter(s) abberufen werden außer in Fällen, in denen das Gesetz vorschreibt, dass der Wirtschaftsprüfer nur aufgrund eines schwerwiegendes Grundes oder in gegenseitigem Einverständnis abberufen werden kann.

TITEL IV. Gesellschafter

Artikel 19. Befugnisse der Gesellschafter

Die Gesellschafter haben die Rechte, die ihnen nach der Satzung und dem Gesetz zustehen. Besteht die Gesellschaft nur aus einem Gesellschafter, so übt dieser die Befugnisse aus, die das Gesetz der Gesellschafterversammlung übertragen hat.

Jede ordnungsgemäß zusammengetretene Gesellschafterversammlung

repräsentiert alle Gesellschafter.

Artikel 20. Jahresgesellschafterversammlung

Die Jahresgesellschafterversammlung, die verpflichtend abgehalten werden muss wenn die Gesellschaft mehr als sechzig (60) Gesellschafter hat, wird innerhalb von sechs (6) Monaten nach Ende eines Geschäftsjahres abgehalten.

Artikel 21. Andere Gesellschafterversammlungen

Besteht die Gesellschaft aus mehreren, jedoch nicht mehr als sechzig (60) Gesellschaftern, können die Beschlüsse der Gesellschafter in schriftlicher Form gefasst werden. Schriftliche Beschlüsse können in einem einzigen Dokument oder in mehreren getrennten Dokumenten desselben Inhalts und jeweils von einem oder mehreren Gesellschaftern unterzeichnet festgehalten sein. Sind die zu fassenden Beschlüsse von den Geschäftsführern an die Gesellschafter übermittelt worden, so sind die Gesellschafter verpflichtet innerhalb von fünfzehn (15) Kalendertagen seit dem Eingang des Textes des vorgeschlagenen Beschlusses ihre Entscheidung zu treffen und sie der Gesellschaft durch jedes, die Schriftlichkeit gewahrleistendes Kommunikationsmittel, zukommen zu lassen. Die Bestimmungen zur Beschlussfähigkeit und den erforderlichen Mehrheiten bei Beschlüssen der Gesellschafterversammlung sind sinngemäß auf die Beschlussfassung im schriftlichen Verfahren anwendbar.

Gesellschafterversammlungen, einschließlich der Jahresgesellschafterversammlung werden am Gesellschaftssitz abgehalten oder an jedem anderen Ort im Großherzogtum Luxemburg; sie können ausnahmsweise im Ausland abgehalten werden, wenn Umstände höherer Gewalt, deren Einschätzung im alleinigen Interesse des (der) Geschäftsführer(s) liegt, dies erforderlich machen.

Artikel 22. Mitteilung von Gesellschafterversammlungen

Außer im Fall eines Alleingeschafters, können sich die Gesellschafter auch auf Einberufungsschreiben versammeln, das in Übereinstimmung mit der Satzung oder dem Gesetz von den Geschäftsführern oder andernfalls durch die Wirtschaftsprüfer (falls vorhanden) ausgegeben wird oder andernfalls durch Gesellschafter, die mehr als die Hälfte (1/2) des Gesellschaftskapitals repräsentieren.

Das an die Gesellschafter gesendete Einberufungsschreiben gibt die Zeit, den Ort und die Tagesordnung der Gesellschafterversammlung an sowie die Eigenart der zu behandelnden Geschäftstätigkeit. Die Tagesordnung soll gegebenenfalls eine vorgeschlagene Satzungsänderung darlegen und gegebenenfalls die Änderungen angeben, die den Gesellschaftszweck oder die Rechtsform der Gesellschaft betreffen.

Sind alle Gesellschafter bei der Gesellschafterversammlung anwesend oder vertreten und erklären sie, dass sie über die Tagesordnung ordnungsgemäß in Kenntnis gesetzt worden sind, so kann die Versammlung ohne vorherige Einberufung abgehalten werden.

Artikel 23. Anwesenheit - Vertretung

Alle Gesellschafter besitzen bei jeder Gesellschafterversammlung ein Teilnahme- und Rederecht.

Jeder Gesellschafter kann sich durch schriftliche Ermächtigung, welche durch ein die Schriftlichkeit gewährleistendes Kommunikationsmittel übermittelt wurde, bei jeder Gesellschafterversammlung durch eine andere Person, die nicht selbst Gesellschafter sein muss, vertreten lassen.

Jeder Gesellschafter kann an einer Gesellschafterversammlung per Telefon- oder Videokonferenz oder über jedes andere Kommunikationsmittel teilnehmen, welches deren Identifikation ermöglicht. Diese Mittel müssen den technischen Eigenschaften entsprechen, welche eine wirksame Teilnahme ohne Unterbrechung an der Sitzung gewährleisten. Die Teilnahme durch solche Mittel ist der persönlichen Teilnahme an einer ordnungsgemäß einberufenen und abgehaltenen Sitzung gleichzusetzen. In diesem Fall muss mindestens ein (1) Gesellschafter oder sein Bevollmächtigter am Sitz der Gesellschaft persönlich anwesend sein, damit die Sitzung als am Sitz der Gesellschaft abgehalten gilt.

Artikel 24. Verfahren

Den Vorsitz der Gesellschafterversammlung führt der Vorsitzende oder eine Person, die hierzu von den Geschäftsführern oder andernfalls durch die Gesellschafterversammlung emannt wird.

Der Vorsitzende der Gesellschafterversammlung ernennt einen Schriftführer.

Die Gesellschafterversammlung ernennt einen (1) Stimmzähler, der unter den Personen, die bei der Gesellschafterversammlung anwesend sind, gewählt wird.

Der Vorsitzende, der Schriftführer und der Stimmzähler bilden zusammen den Vorstand der Gesellschafterversammlung.

Eine Anwesenheitsliste muss bei jeder Gesellschafterversammlung erstellt werden.

Artikel 25. Abstimmung

Jeder Gesellschafter hat eine Anzahl von Stimmen, die der Anzahl der von ihm gehaltenen Anteile entspricht.

Bei jeder Gesellschafterversammlung, die nicht einberufen wurde, zur Änderung der Satzung oder zur Fassung von Beschlüssen, die den Mehrheitsverhältnissen, wie sie zur Änderung der Satzung erforderlich sind, unterliegen, werden Beschlüsse von Gesellschaftern gefasst, die mehr als die Hälfte (1/2) des Gesellschaftskapitals repräsentieren. Wenn eine solche Mehrheit nicht bei der ersten Versammlung oder bei dem ersten Versuch einer schriftlichen Beschlussfassung erreicht wird, werden die Gesellschafter ein zweites Mal einberufen oder konsultiert; Beschlüsse werden dann unabhängig von der Anzahl der vertretenen Aktien durch einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst.

Bei jeder Gesellschafterversammlung, die in Übereinstimmung mit der

Satzung oder den Gesetzen zum Zwecke der Satzungsänderung oder zur Abstimmung über Beschlüsse, die den Mehrheitsverhältnissen, wie sie zur Änderung der Satzung erforderlich sind, unterliegen, einberufen wird, entsprechen die Mehrheitsverhältnisse der Anzahl der Gesellschafter, die mindestens drei Viertel (3/4) des Gesellschaftskapitals repräsentieren.

Jede Erhöhung der Verpflichtungen der Gesellschafter gegenüber der Gesellschaft bedarf der einstimmigen Zustimmung der Gesellschafter.

Artikel 26. Protokolle

Das Protokoll der Gesellschafterversammlung wird von den Mitgliedern des Vorstands der Gesellschafterversammlung unterzeichnet und kann von Gesellschaftern oder Vertretern von Gesellschaftern, die dies verlangen, unterzeichnet werden.

Die vom Alleingesellschafter gefassten Beschlüsse werden schriftlich festgehalten und von dem Alleingesellschafter unterzeichnet.

Kopien oder Auszüge der von den (dem) Gesellschafter(n) angenommenen Beschlüsse sowie des Sitzungsprotokolls der Gesellschafterversammlung, die in rechtlichen Verfahren oder anderweitig übermittelt werden, können von einem Geschäftsführer oder durch zwei (2) Geschäftsführer gemeinsam, wenn mehr als ein Geschäftsführer ernannt worden sind, unterzeichnet werden.

TITEL V. Geschäftsjahr, Finanzberichte, Ausschüttung von Gewinnen

Artikel 27. Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr der Gesellschaft beginnt am ersten März eines jeden Jahres, und endet am letzten Tag des Monats Februar des folgenden Jahres.

Artikel 28. Annahme der Finanzberichte

Am Ende eines jeden Geschäftsjahres werden die Konten geschlossen und die Geschäftsführer erstellen in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen ein Verzeichnis der Vermögensanlagen und Verpflichtungen sowie die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung.

Der Jahresabschluss und/oder der konsolidierte Jahresabschluss (werden) wird dem (den) Gesellschafter(n) vorgelegt.

Jeder Gesellschafter kann in diese Finanzdokumente am Gesellschaftssitz einsehen. Besteht die Gesellschaft aus mehr als sechzig (60) Gesellschaftern, kann dieses Recht nur während einer Zeitspanne von fünfzehn (15) Kalendertagen bis zum Datum der jährlichen Hauptversammlung ausgeübt werden.

Artikel 29. Gewinnverteilung

Von dem jährlichen Reingewinn der Gesellschaft werden mindestens fünf Prozent (5%) der gesetzlich vorgesehenen Rücklage zugewiesen (die "**Rücklage**"). Diese Verpflichtung entfällt sobald und solange diese Rücklage die Höhe von zehn Prozent (10%) des Gesellschaftskapitals erreicht.

Nach der Zuweisung zur gesetzlichen Rücklage bestimmen die

Gesellschafter wie der verbleibende jährliche Reingewinn verteilt werden soll indem sie diesen vollständig oder teilweise einer Rücklage zuweisen, auf das nächste Geschäftsjahr vortragen oder, zusammen mit den vorgetragenen Gewinnen, ausschüttbare Rücklagen oder Ausgabepremien an die Gesellschafter ausschütten, wobei jeder Anteil in gleichem Verhältnis zur Teilnahme an einer solchen Ausschüttung berechtigt.

Vorbehaltlich der durch die Gesetze vorgeschriebenen Bedingungen und unter Berücksichtigung der vorstehenden Bestimmungen, können die Geschäftsführer eine Abschlagsdividende an die Gesellschafter auszahlen. Die Geschäftsführer legen die Summe und das Datum einer solchen Abschlagszahlung fest.

TITEL VI. Auflösung, Liquidation

Artikel 30. Auflösung, Liquidation

Die Gesellschaft kann durch einen Entschluss der (des) Gesellschafter(s) aufgelöst werden, gemäß den Bestimmungen der Gesetze.

Sollte die Gesellschaft aufgelöst werden, so wird die Liquidation durch die (den) Geschäftsführer oder andere (natürliche oder juristische, wobei in letzterem Fall die natürliche Person, die den Liquidator vertritt, in dem Bestelldokument namentlich benannt werden muss) Personen durchgeführt, deren Befugnisse und Vergütung vom (von den) Gesellschafter(n) bestimmt werden.

Nach Begleichung aller Schulden und sonstiger gegen die Gesellschaft bestehenden Ansprüche einschließlich der Liquidationskosten wird der Reinerlös aus der Abwicklung an die Gesellschafter so verteilt, dass das wirtschaftliche Ergebnis den auf die Ausschüttung von Dividenden anwendbaren Regeln entspricht.

TITEL VII. Geltendes Recht

Artikel 31. Geltendes Recht

Sämtliche Angelegenheiten, die nicht durch die vorliegende Satzung geregelt sind, bestimmen sich nach den Gesetzen, insbesondere dem Gesetz über die Handelsgesellschaften vom 10. August 1915, in der zuletzt geltenden Fassung.

FOLLOWS THE ENGLISH VERSION

Chapter I.- Form.Name, Registered office, Object. Duration

Article 1. Form

There is hereby established a *Gesellschaft mit beschränkter Haftung* (limited liability company) (the "**Company**") governed by the laws of the Grand Duchy of Luxembourg (the "**Laws**") and by the present Articles of incorporation (the "**Articles of Association**").

The Company may be composed of one single shareholder, owner of all the shares, or several shareholders, but not exceeding one hundred (100) shareholders. In case the Company is composed of more than one hundred (100) shareholders, for any reason whatsoever, the Company shall adopt another form (than a *Gesellschaft mit beschränkter Haftung*).

Article 2. Name

The Company will exist under the name of " **JadeHawk Capital S.à r.l.**"

Article 3. Registered Office

The Company will have its registered office in the municipality of Luxembourg-city.

The registered office may be transferred to any other place within the municipality of Luxembourg-city by a resolution of the Manager(s). It may be transferred to any other place within the Grand-Duchy of Luxembourg (i) by a resolution of the shareholder(s) adopted in compliance with the quorum and majority rules set by the Articles of Association or, as the case may be, by the Laws for any amendment of the Articles of Association or (ii) by a resolution of the Manager(s). In this last case, the Manager(s) shall have the right to amend the Articles of Association without the prior approval of the shareholder(s) in order to materialise such transfer of the registered office.

Branches or other offices may be established either in the Grand Duchy of Luxembourg or abroad by resolution of the Manager(s).

In the event that, in the view of the Manager(s), extraordinary political, economic or social developments occur or are imminent that would interfere with the normal activities of the Company at its registered office or with the ease of communications with such office or between such office and persons abroad, the Company may temporarily transfer the registered office abroad, until the complete cessation of these abnormal circumstances. Such temporary measures will have no effect on the nationality of the Company, which, notwithstanding the temporary transfer of the registered office, will remain a company governed by the Laws.

Such temporary measures will be taken and notified to any interested parties by the Manager(s).

Article 4. Object

The object of the Company is the acquisition, the management, the enhancement and the disposal of participations in whichever form in domestic and foreign companies. The company may also contract loans and grant all kinds of support, loans, advances and guarantees to companies, in which it has a direct or indirect participation.

Furthermore, the Company may acquire and dispose of all other securities by way of subscription, purchase, exchange, sale or otherwise. It may also acquire, enhance and dispose of patents and licences as well as rights deriving therefrom or supplementing them.

In addition, the Company may acquire, manage, enhance and dispose of real estate located in Luxembourg or abroad.

In general, the Company may carry out all commercial, industrial and financial operations, whether in the area of securities or of real estate, likely to enhance or to supplement the above-mentioned purposes.

Article 5. Duration

The Company is formed for an unlimited duration.

Chapter II. Capital.Shares

Article 6. Issued Capital

The issued capital of the Company is set at **EUR 12'000.- (TWELVE THOUSAND EUROS)** divided into **12 (twelve)** shares with a nominal value of **EUR 1'000.- (ONE THOUSAND EUROS)** each, all of which are fully paid up.

The rights and obligations attached to the shares shall be identical except to the extent otherwise provided by the Articles of Association or by the Laws.

In addition to the issued capital, there may be set up a premium account to which any premium paid on any share in addition to its nominal value is transferred. The amount of the premium account may be used to provide for the payment of any shares which the Company may repurchase from its shareholder(s), to offset any net realised losses, to make distributions to the shareholder(s) in the form of a dividend or to allocate funds to the legal reserve.

Special equity reserve accounts may be set up to record contributions made by the shareholders to the Company without issuance of shares. The amount of said special equity reserve accounts shall constitute freely distributable reserves of the Company and may notably be used to provide for the payment of any shares which the Company may repurchase from its shareholder(s), to offset any net losses, to make distributions to the shareholder(s) or to allocate funds to the legal reserve or any other purpose admitted by the Laws.

Article 7. Shares.

Each share entitles to one vote. The Company may suspend the voting rights attached to such shares in accordance with the Laws.

Each shareholder, on a personal basis, may decide to waive, temporarily or definitely, entirely or partially, the exercise of its voting rights. A shareholder shall be bound by such waiver and such waiver shall apply to the Company as of the date of notification of such waiver by the shareholder to the Company.

Each share is indivisible as far as the Company is concerned.

Co-owners of shares must be represented towards the Company by a common representative, whether appointed amongst them or not. The Company may suspend the rights attached to such shares in accordance with the Laws until a common representative towards the Company has been appointed.

When the Company is composed of a single shareholder, the single shareholder may freely transfer its shares.

When the Company is composed of several shareholders, the shares may be transferred freely amongst shareholders, but the shares may be transferred to non-shareholders only with the authorisation of shareholders representing at least three quarters (3/4) of the shares and in accordance with the following

procedure.

If a shareholder intends to transfer one or more shares to a non-shareholder, such transferring shareholder must send a notice of the proposed transfer to the Company and such transfer will be subject to the provisions below.

If the proposed transfer is not approved by shareholders representing three quarters (3/4) of the shares of the Company or if the Company has refused to approve the transfer in accordance with the Laws, the shareholders may, within three (3) months from the date of refusal, acquire the share(s) or procure the acquisition of the share(s), at a price determined in accordance with the below provisions, save in the circumstance where the transferring shareholder expressly renounces to the contemplated transfer by written notice to the Company. Upon request of the Manager(s), the three (3) month period can be extended by the president of the chamber of the district court of Luxembourg dealing with commercial matters and sitting as in summary proceedings, it being understood that such extension shall not exceed six (6) months.

The Company may, within the same timeframe as set forth above and with the consent of the transferring shareholder, decide to (i) reduce its share capital by an amount corresponding to the nominal value of the relevant share(s) and (ii) repurchase such shares at a price determined in accordance with the below provisions.

For the purposes of the above provisions, the transfer price or redemption price, as the case may be, shall correspond to the fair market value of the shares as determined in good faith by the Manager(s).

If following the expiry of the period referred to above, neither the existing shareholders have acquired the shares, nor the Company has repurchased the share(s), the transferring shareholder may freely sell his shares to the proposed new shareholder(s) at the transfer price and under the conditions which were notified to the Company.

The transfer of shares must be evidenced by a notarial deed or by a private contract. Any such transfer is not binding upon the Company or upon third parties unless duly notified to the Company or accepted by the Company, pursuant to Article 1690 of the Luxembourg Civil Code.

The Company may acquire its own shares. The acquisition, holding and disposal of its own shares will be made in compliance with the conditions and limits established by these Articles of Association and the Laws.

In particular the Company may acquire its own shares and may hold such repurchased shares in treasury, or alternatively cancel such shares held in treasury. In such case the issued capital of the Company may be reduced one or several times by a resolution of the Manager(s) in compliance with the Articles of Association and the Laws. In such case, the Manager(s) shall record the share capital decrease by way of a notarial deed. The deed must be drawn up within one month of the cancellation and capital decrease so

decided by the Manager(s). The voting and financial rights attached to any redeemed shares are suspended as long as the Company holds them in treasury.

Ownership of a share carries implicit acceptance of the Articles of Association and of the resolutions validly adopted by the shareholder(s).

Article 8. Increase and Reduction of Capital

The issued capital of the Company may be increased or reduced one or several times by a resolution of the shareholder(s) adopted in compliance with the quorum and majority rules set by the Articles of Association or, as the case may be, by the Laws for any amendment of the Articles of Association.

Article 9. Incapacity, Death, Suspension of civil rights, Bankruptcy or Insolvency of a Shareholder

The incapacity, death, suspension of civil rights, bankruptcy, insolvency or any other similar event affecting the shareholder(s) does not put the Company into liquidation.

Chapter III. Managers, Auditors

Article 10. Managers

The Company shall be managed by one or several managers who need not be shareholders themselves (the "**Manager(s)**").

If two (2) Managers are appointed, they shall jointly manage the Company.

If more than two (2) Managers are appointed, they shall form a board of managers (the "**Board of Managers**").

The Managers will be appointed by the shareholder(s), who will determine their number and the duration of their mandate. The Managers are eligible for re-appointment and may be removed at any time, with or without cause, by a resolution of the shareholder(s).

The shareholder(s) may decide to qualify the appointed Managers as Main Managers (the "**M Managers**") or as Supporting Managers supporting the M Managers (the "**S Managers**").

The shareholder(s) shall neither participate in nor interfere with the management of the Company.

Article 11. Powers of the Managers

The Managers are vested with the broadest powers to perform all acts necessary or useful for accomplishing the Company's object.

All powers not expressly reserved by the Articles of Association or by the Laws to the general meeting of shareholder(s) or to the auditor(s) shall be within the competence of the Managers.

Article. 12. Delegation of Powers - Representation of the Company

The Manager(s) may delegate the daily management of the Company and the representation of the Company within such daily management to one or more persons of its choice, who need not to be Manager(s) nor shareholder(s), and acting either individually or jointly.

For the time being, the daily management will be solely observed by the M Managers. This includes inter alia:

- All operative daily topics,
- All administrative activities,
- Accounting and audit certificates,
- Commissioning of classic of corporate service providers, e.g. auditors, lawyers and notaries, to the extent that the individual commissioning per service provider does not exceed EUR 20'000 per action,
- The preparation and submission of the ongoing preliminary VAT returns,
- Bank transfers which does not exceed EUR 50'000,
- Preparation and disposal of investment positions, to the extent that the sales price exceeds the acquisition costs by 10 %,
- Acquisition of new investment positions in closed-end funds or other investment positions up to an amount of EUR 25'000,
- The decision with regard to all investment-related resolutions, unless the decisions are not in line with the recommendations of the respective fund management or a quorum of 75 % is required for the decisions to be taken in the respective investment;

The M Managers are obliged to inform the S Managers fully and in reasonable time in advance over every planned action, which exceed EUR 20'000 per action. In the case that at least one S Manager disagrees about a planned action, a decision needs to be taken by the Board of Managers.

The Manager(s) may delegate special powers or proxies, or entrust determined permanent or temporary functions to persons or committees chosen by them.

The remuneration and other benefits granted to Manager(s) to whom the daily management has been entrusted must be reported annually by the Manager(s) to the general meeting of shareholders or the shareholders, as the case may be.

The Company will be bound towards third parties by the individual signature of the sole Manager or by the joint signatures of any two Manager(s) if more than one Manager has been appointed.

However, if the shareholder(s) have qualified the Managers as M Managers or S Managers, the Company will only be bound towards third parties by the joint signatures of one M Manager and one S Manager.

The Company will further be bound towards third parties by the joint signatures or single signature of any person or persons to whom the daily management of the Company has been delegated (currently M Managers). In the case that the daily management has been delegated to more than one person, the signature of one of these managers is sufficient (generally one M Manager). The power of representation of the managers for the daily management is limited to actions within such daily management. The Company will further be bound towards third parties by the joint signatures or

single signature of any person to whom special signatory power has been delegated by the Manager(s), within the limits of such special power.

Article 13. Meetings of the Board of Managers

In case a Board of Managers is formed, the following rules shall apply: The Board of Managers may appoint from among its members a chairman (the "**Chairman**").

It may also appoint a secretary, who need not be a Manager himself and who will be responsible for keeping the minutes of the meetings of the Board of Managers (the "**Secretary**").

The Board of Managers will meet upon call by the Chairman. A meeting of the Board of Managers must be convened if any two (2) of its members so require.

The Chairman will preside over all meetings of the Board of Managers, except that in his absence the Board of Managers may appoint another member of the Board of Managers as chairman pro tempore by majority vote of the Managers present or represented at such meeting.

Except in cases of urgency or with the prior consent of all those entitled to attend, at least two (2) calendar days' written notice of meetings of the Board of Managers shall be given in writing and transmitted by any means of communication allowing for the transmission of a written text. Any such notice shall specify the time and the place of the meeting as well as the agenda and the nature of the business to be transacted. The notice may be waived by properly documented consent of each member of the Board of Managers. No separate notice is required for meetings held at times and places specified in a time schedule previously adopted by resolution of the Board of Managers.

The meetings of the Board of Managers shall be held in Luxembourg or at such other place as the Board of Managers may from time to time determine.

Any Manager may act at any meeting of the Board of Managers by appointing in writing, transmitted by any means of communication allowing for the transmission of a written text, another Manager as his proxy. Any Manager may represent one or several members of the Board of Managers.

A quorum of the Board of Managers shall be the presence or representation of at least half (1/2) of the Managers holding office, provided that in the event that the Managers have been qualified as M Managers or S Managers, such quorum shall only be met if at least one (1) M Manager and one (1) S Manager are present or represented.

Decisions will be taken by a majority of the votes of the Managers present or represented at such meeting.

In the case that it is not possible to attend in person, one or more Managers may exceptionally participate in a meeting by conference call, videoconference or any other similar means of communication enabling thus several persons participating therein to simultaneously communicate with

each other. Such participation shall be deemed equivalent to a physical presence at the meeting. The meeting held at a distance by way of such communication means shall be deemed to have taken place at the registered office of the Company.

Article 14. Resolutions of the Managers

The resolutions of the Manager(s) shall be recorded in writing.

The minutes of any meeting of the Board of Managers will be signed by the Chairman of the meeting and by the Secretary (if any). Any proxies will remain attached thereto.

Copies or extracts of written resolutions or minutes, to be produced in judicial proceedings or otherwise, may be signed by the sole Manager or by any two (2) Managers acting jointly, if more than one Manager has been appointed.

Article 15. Management Fees and Expenses

Subject to approval by the shareholder(s), the Manager(s) may receive a management fee in respect of the carrying out of their management of the Company and may, in addition, be reimbursed for all other expenses whatsoever incurred by the Manager(s) in relation to such management of the Company or the pursuit of the Company's corporate object.

Article 16. Conflicts of Interest

If any of the Managers of the Company has or may have any direct or indirect personal interest of patrimonial nature in any transaction of the Company, such Manager shall disclose such personal interest to the other Manager(s) and shall not consider or vote on any such transaction.

In case of a sole Manager it suffices that the transactions between the Company and its Manager, who has such an opposing interest, be recorded in writing.

Where, due to a conflict of interest, the number of Managers required by the Articles of Association in order to deliberate and vote on an item is not reached, the Managers may defer the decision to the general meeting of shareholder(s) or the shareholders, as the case may be.

The foregoing paragraphs of this Article do not apply if (i) the relevant transaction is entered into under fair market conditions and (ii) falls within the ordinary course of business of the Company.

No contract or other transaction between the Company and any other company or firm shall be affected or invalidated by the mere fact that any one or more of the Managers or any officer of the Company has a personal interest in, or is a manager, associate, member, shareholder, officer or employee of such other company or firm. Any person related as described above to any company or firm with which the Company shall contract or otherwise engage in business shall not, by reason of such affiliation with such other company or firm, be automatically prevented from considering, voting or acting upon any matters with respect to such contract or other business.

Article 17. Managers' Liability – Indemnification

No Manager commits himself, by reason of his functions, to any personal obligation in relation to the commitments taken on behalf of the Company.

Manager(s) are only liable for the performance of their duties.

The Company shall indemnify any Manager, officer or employee of the Company and, if applicable, their successors, heirs, executors and administrators, against damages and expenses reasonably incurred by him in connection with any action, suit or proceeding to which he may be made a party by reason of his being or having been Manager(s), officer or employee of the Company, or, at the request of the Company, any other company of which the Company is a shareholder or creditor and by which he is not entitled to be indemnified, except in relation to matters as to which he shall be finally adjudged in such action, suit or proceeding to be liable for gross negligence or misconduct. In the event of a settlement, indemnification shall be provided only in connection with such matters covered by the settlement as to which the Company is advised by its legal counsel that the person to be indemnified is not guilty of gross negligence or misconduct. The foregoing right of indemnification shall not exclude other rights to which the persons to be indemnified pursuant to the Articles of Association may be entitled.

Article 18. Auditors

Except where according to the Laws, the Company's annual statutory and/or consolidated accounts must be audited by a statutory auditor (*reviseur d'entreprises*), the business of the Company and its financial situation, including in particular its books and accounts, may, and shall in the cases provided by law, be reviewed by one or more supervisory auditors (*commissaires aux comptes*) who need not be shareholders themselves.

The supervisory or statutory auditors, if any, will be appointed by the shareholder(s), which will determine the number of such auditors and the duration of their mandate. They are eligible for re-appointment. They may be removed at any time, with or without cause, by a resolution of the shareholder(s), save in such cases where the statutory auditor may, as a matter of the Laws, only be removed for serious cause or by mutual agreement.

Chapter IV. Shareholders

Article 19. Powers of the Shareholders

The shareholder(s) shall have such powers as are vested in them pursuant to the Articles of Association and the Laws. The single shareholder carries out the powers bestowed on the general meeting of shareholders.

Any properly constituted general meeting of shareholders of the Company represents the entire body of shareholders.

Article 20. Annual General Meeting

The annual general meeting of shareholders, of which one must be held where the Company has more than sixty (60) shareholders, will be held within six (6) months following the end of a financial year.

Article 21. Other General Meetings

If the Company is composed of several shareholders, but no more than

sixty (60) shareholders, resolutions of the shareholders may be passed in writing. Written resolutions may be documented in a single document or in several separate documents having the same content and each of them signed by one or several shareholders. Should such written resolutions be sent by the Manager(s) to the shareholders for adoption, the shareholders are under the obligation to, within a time period of fifteen (15) calendar days from the dispatch of the text of the proposed resolutions, cast their written vote by returning it to the Company through any means of communication allowing for the transmission of a written text. The quorum and majority requirements applicable to the adoption of resolutions by the general meeting of shareholders shall mutatis mutandis apply to the adoption of written resolutions.

General meetings of shareholders, including the annual general meeting of shareholders will be held at the registered office of the Company or at such other place in the Grand Duchy of Luxembourg, and may be held abroad if, in the judgement of the Manager(s), which is final, circumstances of force majeure so require.

Article 22. Notice of General Meetings

Unless there is only one single shareholder, the shareholders may also meet in a general meeting of shareholders upon issuance of a convening notice in compliance with the Articles of Association or the Laws, by the Manager(s), subsidiarily, by the supervisory auditor(s) (if any) or, more subsidiarily, by shareholders representing more than half (1/2) of the capital.

The convening notice sent to the shareholders will specify the time and the place of the meeting as well as the agenda and the nature of the business to be transacted at the relevant general meeting of shareholders. The agenda for a general meeting of shareholders shall also, where appropriate, describe any proposed changes to the Articles of Association and, if applicable, set out the text of those changes affecting the object or form of the Company.

If all the shareholders are present or represented at a general meeting of shareholders and if they state that they have been duly informed of the agenda of the meeting, the meeting may be held without prior notice.

Article 23. Attendance – Representation

All shareholders are entitled to attend and speak at any general meeting of shareholders.

Any shareholder may act at any general meeting of shareholders by appointing in writing, transmitted by any means of communication allowing for the transmission of a written text, another person who need not be a shareholder himself, as a proxy holder.

Any shareholder may participate in any general meeting by telephone or video conference, or by any other means of communication which allows their identification. Such means shall satisfy technical characteristics which ensure an effective participation in the meeting whose deliberations shall be online without interruption. Participation by such means is deemed equivalent

to participation in person at a duly convened and held meeting. In such case, at least one (1) shareholder or his proxy shall be physically present at the registered office of the Company and the meeting shall be deemed held at the registered office of the Company.

Article 24. Proceedings

Any general meeting of shareholders shall be presided over by the Chairman or by a person designated by the Manager(s) or, in the absence of such designation, by the general meeting of shareholders.

The chairman of the general meeting of shareholders shall appoint a secretary.

The general meeting of shareholders shall elect one (1) scrutineer to be chosen from the persons attending the general meeting of shareholders.

The chairman, the secretary and the scrutineer so appointed together form the board (bureau) of the general meeting.

An attendance list must be kept at all general meetings of shareholders.

Article 25. Vote

Any shareholder has a number of votes equal to the number of shares held by him.

At any general meeting of shareholders other than a general meeting convened for the purpose of amending the Articles of Association of the Company or voting on resolutions whose adoption is subject to the quorum and majority requirements of an amendment to the Articles of Association, resolutions shall be adopted by shareholders representing more than half (1/2) of the capital. If such majority is not reached at the first meeting (or consultation in writing), the shareholders shall be convened (or consulted) a second time and resolutions shall be adopted, irrespective of the number of shares represented, by a simple majority of votes cast.

At any general meeting of shareholders, convened in accordance with the Articles of Association or the Laws, for the purpose of amending the Articles of Association of the Company or voting on resolutions whose adoption is subject to the quorum and majority requirements of an amendment to the Articles of Association, the majority requirements shall be shareholders representing at least three quarters (3/4) of the capital.

Any increase in the shareholder(s) commitment(s) to the Company shall require the unanimous consent of the shareholders.

Article 26. Minutes

The minutes of the general meeting of shareholders shall be signed by the members of the board (bureau) of the general meeting and may be signed by any shareholders or proxies of shareholders, who so request.

The resolutions adopted by the single shareholder shall be documented in writing and signed by the single shareholder.

Copies or extracts of the written resolutions adopted by the shareholder(s) as well as of the minutes of the general meeting of shareholders to be produced in judicial proceedings or otherwise may be

signed by the sole Manager or by any two (2) Managers acting jointly if more than one Manager has been appointed.

Chapter V. Financial year, Financial statements, Distribution of profits

Article. 27. Financial Year

The Company's financial year begins on the *first day of March* of each year and ends on the *last day of February* of the following year.

Article 28. Adoption of Financial Statements

At the end of each financial year, the accounts are closed and the Manager(s) draw up an inventory of assets and liabilities, the balance sheet and the profit and loss account, in accordance with the Laws.

The annual statutory and/or consolidated accounts are submitted to the shareholder(s) for approval.

Each shareholder or its representative may peruse these financial documents at the registered office of the Company. If the Company is composed of more than sixty (60) shareholders, such right may only be exercised within a time period of fifteen (15) calendar days preceding the date set for the annual general meeting of shareholders.

Article 29. Distribution of Profits

From the annual net profits of the Company, at least five per cent (5%) shall each year be allocated to the reserve required by law (the "**Legal Reserve**"). That allocation to the Legal Reserve will cease to be required as soon and as long as the Legal Reserve amounts to ten per cent (10%) of the issued capital of the Company.

After allocation to the Legal Reserve, the shareholder(s) shall determine how the remainder of the annual net profits will be disposed of by allocating the whole or part of the remainder to a reserve or to a provision, by carrying it forward to the next following financial year or by distributing it, together with carried forward profits, distributable reserves or share premium to the shareholder(s), each share entitling to the same proportion in such distributions.

Subject to the conditions fixed by the Laws and in compliance with the foregoing provisions, the Manager(s) may pay out an advance payment on dividends to the shareholders. The Manager(s) fix the amount and the date of payment of any such advance payment.

Chapter VI. Dissolution, Liquidation

Article 30. Dissolution, Liquidation

The Company may be dissolved by a resolution of the shareholder(s) adopted in accordance with the Laws.

Should the Company be dissolved, the liquidation will be carried out by the Manager(s) or such other persons (who may be physical persons or legal entities, in which case the individual who represents the liquidator must be designated in the instrument of appointment) appointed by the shareholder(s), who will determine their powers and their compensation.

After payment of all the debts of and charges against the Company, including the expenses of liquidation, the net liquidation proceeds shall be distributed to the shareholder(s) so as to achieve on an aggregate basis the same economic result as the distribution rules set out for dividend distributions.

Chapter VII. Applicable Law

Article 31. Applicable Law

All matters not governed by the Articles of Association shall be determined in accordance with the Laws, in particular the law of 10 August 1915 on commercial companies, as amended.

Für gleichlautende Abschrift:

Junghinster, den 28. Dezember 2018,

Für die Gesellschaft:

*Maître Jean **SECKLER***

(Notar)